Peter-Alexis Albrecht

Der Frieden hat eine Chance - Wir müssen sie nutzen!

Die Zukunft des kriegerischen Ukraine-Konflikts kann nur dann zum Frieden führen, wenn man die Vergangenheit versteht und die Schlüsse daraus in der Gegenwart konstruktiv umsetzt.

Die Vergangenheit: Erosionen des Vertrauens statt konstruktiven Miteinanders

Bis 1990 war die Ukraine integraler Bestandteil der Sowjetunion – politisch, militärisch und ökonomisch. Wichtige Industrie- und Wirtschaftsmetropolen lagen auf ihrem Territorium, eingebettet in die arbeitsteilige Struktur der sowjetischen Planwirtschaft. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums um 1990 ist global nie hinreichend aufgearbeitet worden. Er führte nur zu scheinbaren Siegern und faktischen Verlierern. Eine für Ost und West gebotene gemeinsame Sicherheitsordnung erstickte im Dominanzstreben um militärisch abgesicherten ökonomischen Machzuwachs des Westens.

Die heutige Ukraine ist kein homogener Nationalstaat, sondern sozial, sprachlich, wirtschaftlich und historisch stark regional geprägt. Zwischen Westen und Osten, zwischen Stadt und Land, in den unterschiedlichen Erinnerungskulturen und politischen Traditionen verlaufen zum Teil tiefe Bruchlinien. Die bis heute umstrittene Figur Stepan Bandera, Vertreter eines ungebändigten Nationalismus in der Ukraine, stand und steht exemplarisch für die konflikthaften Diskurse um nationale Identität (*Grzegorz Rossolinski-Liebe,* 2025). Nach dem Zweiten Weltkrieg existierten in Teilen der Westukraine über Jahre hinweg Untergrundgruppen, die gegen die sowjetische Herrschaft kämpften. Und mit Beginn des Kalten Krieges wurde die Ukraine – wie ganz Osteuropa – zu einem geopolitischen Zwischenraum zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt.

Beim Vertrag zur deutschen Einheit um 1990 stellte sich die Frage, wie weit sich die NATO nach Osten ausdehnen dürfe. Damaliger informeller Konsens: „Not One Inch“ (*Marie Elise Sarotte*, 2021). Bis heute wird darüber gestritten, ob es politische Zusagen gab, die Allianz nicht in Richtung russischer Grenze zu erweitern. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verfolgten indes alle USA-Administrationen in der Jelzin-Ära eine Politik, die faktisch auf eine

Begrenzung der Machtressourcen der Russischen Föderation hinauslief. Ein zentrales Instrument war das Programm „Partnership for Peace“, das postsowjetische Staaten behutsam an die NATO heranführte – ohne ihnen eine explizite Beitrittsperspektive einzuräumen. Das kam erst später – ohne Einbeziehung Russlands.

Parallel begann die europäische Sicherheitsordnung zu erodieren. In den maßgeblichen KSZE/OSZE-Dokumenten – der Charta von Paris (1990), der Istanbuler Charta (1999) und der Erklärung von Astana (2010) – wurde ein Doppelprinzip verankert: das Recht jedes Staates auf freie Bündniswahl und das Prinzip der Unteilbarkeit von Sicherheit, das verhindern soll, dass die Sicherheit des einen auf Kosten der Sicherheit des anderen organisiert wird.

Der zunehmende Mangel an Ausgleich zwischen beiden Prinzipien führte zu einem wachsenden Vertrauensverlust zwischen West und Ost. Mit dem Scheitern des Normandie-Formats und den Ereignissen von 2014 – dem Maidan, dem politischen Umbruch in Kiew sowie den Konflikten um Krim, Donezk und Luhansk – verschärfte sich die Lage dramatisch. Die Ukraine wurde zur faktischen Frontlinie einer neu aufbrechenden Blockkonfrontation.

Ein weiterer entscheidender Wendepunkt war die „*Charta über die strategische Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Ukraine*“ vom 10. November 2021, nur drei Monate vor dem russischen Angriff. Aus russischer Sicht bestätigte dieses Abkommen, dass die Ukraine dauerhaft in den militärischen und sicherheitspolitischen Orbit der USA eingebunden werden solle – inklusive weitreichender Kooperation bei Aufrüstung, Ausbildung und Infrastruktur. In Moskau wurde dies als unmittelbare Bedrohung der eigenen Sicherheitsinteressen interpretiert, vergleichbar mit der Wahrnehmung der USA während der Kuba-Krise 1962. Eine gemeinsame europäische Friedens- und Sicherheitsordnung für ein „gemeinsames Haus Europa“ war damit faktisch suspendiert.

Gegenwart: Dominanz militärischer Siegerlogik

Die Formel „Russland muss verlieren, die Ukraine muss gewinnen“ bringt nachvollziehbare moralische Empörung über einen völkerrechtswidrigen Angriff zum Ausdruck. Als alleinige strategische Leitlinie für einen ganzen Kontinent ist sie jedoch unzureichend.

Würde man sie zu Ende denken, würde „Russland muss verlieren“ bedeuten, dass Russland militärisch dauerhaft geschlagen wird, jede sicherheitspolitische Forderung des Westens akzeptiert, auf eigene Einflusszonen verzichtet und einen möglichen innenpolitischen Regimewechsel hinnimmt. Eine Atommacht wird ein solches Szenario nicht freiwillig akzeptieren. Wird der Sieg zur Voraussetzung von Frieden gemacht, ohne dass er realpolitisch erreichbar ist, führt dies in einen Zustand permanenter und potenziell eskalierender Kriegsführung.

Eine alternative Perspektive wären multilaterale Sicherheitsgarantien: klar definierte Sicherheitszonen, keine weitere Vorverlagerung militärischer Bündnisse an gegnerische Grenzen, überprüfbare Abkommen zur Rüstungskontrolle und Inspektion sowie verlässliche Schutzgarantien für die territoriale Integrität der Ukraine – ohne automatische Eskalationsmechanismen in Richtung eines globalen Konflikts. Das wäre nüchterne, realistische Sicherheitspolitik.

Nach 1945 versprach sich Europa: „Nie wieder Krieg als normales Mittel der Politik.“ Heute erleben wir erneut junge Ukrainerinnen und Ukrainer an der Front, junge Russinnen und Russen in einem Abnutzungskrieg und eine gesamte europäische Jugend, die erneut in eine Logik der Blockkonfrontation hineinsozialisiert wird – verbunden mit der Botschaft, sich innerlich auf einen „großen Konflikt“ vorzubereiten. Wird dieser Zustand zur Normalität, verwandelt sich das „Nie wieder Krieg“ in ein bedingtes Versprechen: „Nie wieder Krieg – außer, wenn es geopolitisch opportun erscheint.“

Russland wird nicht verschwinden – weder geografisch noch machtpolitisch noch als nukleare Großmacht. Eine nachhaltige europäische Sicherheitsordnung kann daher nicht gegen, sondern nur mit Russland entstehen.

Zukunft: Europäische Sicherheit neu denken

Europa muss sich, bei aller notwendigen Solidarität mit der Ukraine, wieder stärker als eigenständiger Akteur verstehen: mit eigener strategischer Agenda, eigenen diplomatischen Initiativen und eigenen Formaten der Konfliktbearbeitung. Ein reines „Anhängen“ an US-amerikanische Strategien wird dem europäischen Interesse an langfristiger Stabilität nicht gerecht.

Föderale oder regional differenzierte Modelle in den beiderseitigen Grenzregionen zwischen der Ukraine und Russland könnten Stabilität schaffen,

indem sie verfassungsrechtlich gesicherte Autonomierechte, Minderheitenschutz bei Sprache, Kultur und Bildung sowie eine faire Beteiligung der Regionen an wirtschaftlichen Ressourcen vorsehen – flankiert durch internationale Garantien. So könnte eine Ukraine entstehen, die nicht länger als Front- oder Vorpostenstaat fungiert, sondern als Brückenstaat zwischen unterschiedlichen Integrationsräumen – mit eigener pluraler Identität und politischem Handlungsspielraum.

Vor diesem Hintergrund gewinnt der diskutierte „USA-28-Punkte-Plan“ für die Ukraine und Europa besondere Bedeutung. Ein solches Programm würde militärische Kooperation, Sicherheitsgarantien, Wiederaufbau, politische Reformen und energiepolitische Weichenstellungen miteinander verbinden. Entscheidend ist, wie dieser Plan konzipiert ist.

Er stärkt eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung, wenn er Raum lässt für Rüstungskontrolle, Dialogformate mit Russland und eine kooperative Sicherheitsarchitektur. Problematisch wird er, wenn er ausschließlich auf Abschreckung und Eindämmung setzt und russische Sicherheitsinteressen pauschal ausblendet.

Er schafft Souveränität für die Ukraine, wenn er sie in die Lage versetzt, innenpolitisch pluralistisch, rechtsstaatlich und wirtschaftlich eigenständig zu handeln. Er schwächt ihre Souveränität, wenn er sie dauerhaft zu einem geopolitischen Vorposten macht.

Er denkt die junge Generation mit, wenn er Bildung, Austauschprogramme, zivile Wiederaufbauprojekte und Versöhnungsinitiativen betont. Er bleibt rückwärtsgewandt, wenn er vor allem militärische Kennziffern stärkt und die Logik der Aufrüstung perpetuiert.

Aus europäischer Sicht sollte ein solcher Plan nur dann unterstützt werden, wenn er sich in eine erneuerte OSZE-basierte Sicherheitsordnung einpasst, die politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit Europas stärkt und der jungen Generation in der Ukraine, in Russland und in der EU eine Zukunft eröffnet, in der Kooperation und gegenseitige Sicherheit mehr gelten als militärische Dominanz.

Erfüllt er diese Kriterien, könnte er ein Baustein einer neuen europäischen Friedensordnung sein. Bleibt er einseitig machtpolitisch geprägt, würde er die

Ukraine weiter zur Spielfigur im globalen Machtkonflikt machen und Europa in eine Ära dauerhafter Konfrontation führen.

Literaturquellen und Belege
für diesen ‚Artikel' in:

Prof. Dr. Dr. h.c. Peter-Alexis Albrecht (S.54 ff.)
Prof. Dr. Dr. h.c. Herwig Roggemann (S.147 ff.)

VERGANGENHEITS VERLAG, Berlin, 2025